

Beschluss:

1. Einführung und Ausbau von politischen Bildungsprogrammen an Schulen und KiTas

Wir fordern, verbindliche politische Bildungsprogramme ab den KiTas bis hin zur Sekundarstufe II in den Lehrplänen zu verankern. Diese Programme sollen nicht nur theoretisches Wissen vermitteln, sondern auch praxisnahe Projekte beinhalten, die den Kindern und Schüler*innen demokratische Prozesse und Partizipationsmöglichkeiten näherbringen.

2. Unterstützung außerschulischer Bildungsangebote

Wir setzen uns dafür ein, dass außerschulische Bildungsangebote, wie Jugendorganisationen, politische Bildungseinrichtungen und Initiativen, stärker gefördert und finanziell unterstützt werden. Dabei sollen nur solche Bildungsangebote, Jugendorganisationen und politische Bildungseinrichtungen und Initiativen gefördert und unterstützt werden, die sich deutlich und in ihrer Gänze zur freiheitlich demokratischen Grundordnung, der Gleichstellung der Geschlechter und Toleranz bekennen. Ferner sollen besondere Förderprogramme für Projekte eingerichtet werden, die sich der Förderung von Demokratie und politischer Teilhabe widmen. Zudem möchten wir unsere Forderung, demokratiefördernde Projekte zu entfristen, nochmals bekräftigen. Nicht nur hat Demokratiewerkarbeit allgemein, aber insbesondere zu Zeiten eines erstarrenden Rechtsextremismus einen hohen Stellenwert, sondern auch die Beschäftigten, die also täglich Demokratiewerkarbeit leisten, verdienen einen gesicherten, unbefristeten Arbeitsplatz der nicht von der Freigabe von Projektfördermitteln abhängt.

3. Weiterbildung und Sensibilisierung von Lehrkräften und Erzieher*innen

Lehrkräfte und Erzieher*innen müssen kontinuierlich in den Bereichen Demokratiebildung und politischer Bildung weitergebildet werden. Dazu sollen regelmäßige Fortbildungsangebote geschaffen und verpflichtend gemacht werden. Es soll ein Netzwerk von Multiplikator*innen aufgebaut werden, die Lehrkräfte und Erzieher*innen bei der Umsetzung von Projekten zur politischen Bildung unterstützen.

4. Förderung der Medienkompetenz

Angesichts der zunehmenden Digitalisierung und der damit einhergehenden Informationsflut ist die Förderung der Medienkompetenz von zentraler Bedeutung. Kinder, Schüler*innen und Bürger*innen sollen befähigt werden, Informationen kritisch zu hinterfragen und Fake News sowie KI-generierte Inhalte zu erkennen. Dazu sind spezielle Schulungen und Informationskampagnen notwendig.

5. Ausbau des Landesdemokratietages

Wir begrüßen den rheinland-pfälzischen Landesdemokratietag und seine Satelliten-Veranstaltungen im gesamten Bundesland ausdrücklich und fordern, dass dieser weiter gefördert und ausgebaut wird. Ziel sollte es generell sein, dass jede Schule und jede KiTa einmal pro Jahr einen eigenen Demokratietag ausrichtet, der die Werte und Grundpfeiler der Demokratie erlebbar macht.

Der Antrag wurde am a.o. Landesparteitag am 15.04.2025 verabschiedet.

Überweisen an

AG gegen Rechts, Material Regierungsprogramm LTW2016